

| (A) | Abgeordnete(r) | | entschuldigt bis einschließlich |
|-----|----------------------------------|---------|---------------------------------|
| | Schmalz-Jacobsen, Cornelia | F.D.P. | 16.10.98 |
| | Dr. Schmidt-Jortzig, Edzart | F.D.P. | 16.10.98 |
| | Schmitz (Baesweiler), Hans Peter | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | von Schmude, Michael | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Schulz (Everswinkel), Reinhard | SPD | 16.10.98 |
| | Schulz (Köln), Volkmar | SPD | 16.10.98 |
| | Steen, Antje-Marie | SPD | 16.10.98 |
| | Teiser, Michael | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Terborg, Margitta | SPD | 16.10.98 |
| | Dr. Tiemann, Susanne | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Vogt (Düren), Wolfgang | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Dr. Warnke, Wolfgang | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Willner, Gert | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Wilz, Bernd | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Wonneberger, Michael | CDU/CSU | 16.10.98 |
| | Würzbach, Peter Kurt | CDU/CSU | 16.10.98 |

(B)

Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt – Drucksache 13/11469 –

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD): Die Beteiligung der Bundeswehr an den von der NATO geplanten Luftoperationen im Kosovo-Konflikt stellen mich vor eine schwerwiegende Abwägung:

Auf der einen Seite scheint der serbische Präsident Milosevic nur auf Druck einzulenken, die internationalen Vereinbarungen zu erfüllen. Die OSZE-Mission ist eine wichtige Voraussetzung, um die Lage zu stabilisieren und die Menschen besser zu schützen. Die Vertreibung der Menschen und die dramatische humanitäre Notlage sind nicht hinzunehmen. Angesichts des bevorstehenden Winters muß eine Lösung schnell gefunden werden.

Auf der anderen Seite beschädigt das Eingreifen der NATO ohne entsprechende Rechtsgrundlage unbestritten das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen und schafft einen Präzedenzfall mit unübersehbaren Folgen. Für den angedrohten Militärschlag ge-

gen die Bundesrepublik Jugoslawien liegt kein Mandat der Vereinten Nationen oder der OSZE vor. Eine Berufung auf den Art. 51 der UN-Charta scheidet ebenfalls aus. (C)

Richtig ist aber auch, daß bisher ein Sicherheitsrats-Mandat wegen des angekündigten Vetos von Rußland und China nicht zu erreichen war.

Einerseits bedeutet dies, daß die schlimmen Folgen für die Zivilbevölkerung im Kosovo bestehen blieben, andererseits würde aber bei einem Militärschlag der NATO eine nicht autorisierte Gewaltanwendung zur Durchsetzung von UN-Zielen übertragen, was ebenfalls international schwerwiegende politische Folgen haben könnte.

Bei Abwägung aller, hier nicht weiter aufgeführter Aspekte plädiere ich an die Bundesregierung, angesichts der jüngsten Entwicklung, daß es neue Bewegung gibt – unbeschadet der festen Bereitschaft, die Vertreibung und Tötung der Menschen nicht länger hinzunehmen –, für eine Aussetzung der Entscheidung. Diese letzte Chance sollte genutzt werden.

Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Wahlkampf ist kaum drei Wochen vorbei. In ihm war die Außenpolitik praktisch kein Thema. Hätte es nicht die Interventionen von Eine-Welt-Gruppen gegeben, wären die außen- und friedenspolitischen Herausforderungen gar nicht zur Sprache gekommen.

Heute hat der Bundestag erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über die Beteiligung der Bundeswehr an einem ausdrücklichen Kampfeinsatz abzustimmen. Das Gewicht der heutigen Entscheidung wird kaum dadurch gemindert, daß die Luftangriffe der NATO wegen des bisherigen Einlenkens des jugoslawischen Präsidenten und der in Aussicht stehenden OSZE-Überwachungsmission weniger wahrscheinlich geworden sind. (D)

Hauptverantwortlicher für diese äußerste Zuspitzung des Kosovo-Konfliktes ist der jugoslawische Präsident und Hauptkriegsverbrecher Milosevic mit seiner bis zum Krieg eskalierenden jahrelangen Unterdrückungspolitik gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit und seiner völligen Taubheit gegenüber den Appellen der internationalen Gemeinschaft. Mitverantwortlich ist aber auch diese internationale Gemeinschaft selbst, die gegenüber dem Kosovo-Konflikt über Jahre eine deklamatorische, uneinheitliche und konzeptionslose Politik betrieb, den bewundernswerten gewaltfreien Widerstand der Kosovo-Albaner im Stich ließ und damit den Befürwortern eines bewaffneten nationalen „Befreiungskampfes“ Auftrieb verlieh. Frühzeitige und hartnäckige Initiativen unserer Fraktion – und vor allem unseres Kollegen Gerd Poppe – zur Lösung des Kosovo-Konflikts fanden bei der herrschenden Politik nicht das notwendige Gehör; Menschenrechtsaktivisten, zum Beispiel das Balkan Peace Team, blieben ohne jede offizielle Förderung. Exemplarisch für die auch in diesem Hause vorherrschende Ignoranz gegenüber dem Pulverfaß Kosovo war die Bundestagsde-

(A) batte zum Kosovo, die in die Abendstunden des 7. Mai 1998 abgedrängt wurde, während das für den Wahlkampf so „wichtige“ Bekenntnisthema Bundeswehrgelöbnis in Frankfurt/Oder das Bundestagsplenum am folgenden Morgen zu bester Medienzeit beschäftigte.

Auch als die serbischen „Sicherheitskräfte“ den Kampf gegen die UCK zum Krieg gegen die kosovo-albanische Zivilbevölkerung ausgeweitet hatten, blieben die beschlossenen Sanktionen der westlichen Staaten gegenüber Jugoslawien halbherzig und deshalb unglaubwürdig.

Zuletzt schilderte UN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht Anfang Oktober eindeutig die Lage der in die Wälder geflohenen Zivilbevölkerung. Da Hilfsorganisationen zu ihnen keinen ungehinderten Zugang hätten, drohe mit dem kommenden Winter für Zehntausende von Menschen eine humanitäre Katastrophe.

Die maßgeblichen westlichen Mächte schlossen von vornherein eine große von den UN geführte internationale Polizeiaktion aus und fixierten sich einzig auf die Planung eines Militäreinsatzes der NATO. Dieser wurde damit angesichts des näher rückenden Winters und der bisherigen Starrheit des jugoslawischen Präsidenten zur einzigen und alternativen Option, um die humanitäre Katastrophe abzuwenden und den Forderungen der Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrates zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich war aber die Option von NATO-Luftschlägen mit einem enormen Eskalationsrisiko behaftet. Niemand wußte, was geschehen wäre, wenn die Luftangriffe nicht das gewollte politische Einlenken, sondern eine Verhärtung der serbischen Haltung gebracht und der UCK Auftrieb verschafft hätten.

(B) Die Androhung massiver militärischer Gewalt war – wieder einmal – Resultat einer gescheiterten, weil vernachlässigten Krisenprävention und hochriskant. Daß sie nach Ankündigung der vollen deutschen Beteiligung offenbar gewirkt und den serbischen Präsidenten im letzten Moment zum Einlenken gebracht hat, kann alle nur mit Erleichterung erfüllen. Der von der OSZE zu kontrollierende Abzug der serbischen Sicherheitskräfte ist die Grundvoraussetzung, die drohende humanitäre Katastrophe abzuwenden, die Menschenrechte im Kosovo wiederherzustellen und eine friedliche Konfliktlösung anbahnen zu können. Nach aller ernüchternden Erfahrung ist aber weiterer Druck auf Milosevic unverzichtbar, um ihn verhandlungs- und kompromißbereit zu halten.

Zugleich können wir nicht hinnehmen, daß die Androhung der NATO-Luftangriffe ohne ein klares Mandat des UN-Sicherheitsrates erfolgte. Dies steht im Widerspruch zum Völkerrecht und beeinträchtigt das Gewaltmonopol der UN. Die Selbstmandatierung der NATO schwächt massiv die Autorität der UN und schafft für die künftige internationale Ordnung einen gefährlichen Präzedenzfall. Er leistet der Wiederauferstehung eines internationalen Rechts der Stärkeren Vorschub. Der unmandatierte Militäreinsatz der NATO wird dadurch noch gefährlicher,

(C) daß seine Hauptbetreiber ihn keineswegs als absoluten Ausnahmefall verstehen, sondern als einen bedeutenden Schritt bei dem Bestreben, die NATO bei der Verteidigung vitaler Interessen jenseits der Bündnisverteidigung unabhängiger von einer UN-Mandatierung zu machen. Wie anders sind Äußerungen des bisherigen Verteidigungsministers Rühle und anderer CDU-Vertreter zu verstehen, ein UN-Mandat sei ein Ideal und „Königsweg“ (also nicht der Alltag), und die NATO könne sich bei ihren Aufgaben der Krisenbewältigung nicht von einem russischen Veto abhängig machen? Der Widerspruch des unmandatierten Militäreinsatzes der NATO zum geltenden Völkerrecht läßt sich nicht kleinreden und kaschieren. Auf der anderen Seite ist es überzogen und verkürzt, ihn als „völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg“ zu bezeichnen und damit auf eine Stufe zu stellen zum Beispiel mit dem deutschen Überfall auf Polen. Daß das Primärziel der NATO-Drohung eindeutig humanitär ist, daß es um die Durchsetzung der Sicherheitsratsresolution 1199 als Voraussetzung eines Friedensprozesses im Kosovo geht, kann nicht einfach beiseite gewischt werden.

Wir stehen heute in dem Dilemma zwischen aktueller humanitärer Herausforderung und der für den Weltfrieden elementaren Verpflichtung auf das Völkerrecht. Dieser Konflikt ist nicht lösbar. Deshalb stimmen wir mit Enthaltung.

In den kommenden Tagen und Wochen kommt es darauf an, die OSZE zur Durchführung einer wirksamen Beobachtermission zu befähigen und die Fehler zu vermeiden, die die Staatengemeinschaft bei der UN-Blauhelmission in Bosnien machte. (D) Dringend notwendig ist eine kohärente und beharrliche Politik der zivilen Konfliktbearbeitung, um im Kosovo langfristig tatsächlichen Frieden zu schaffen. Hierfür haben gestern Persönlichkeiten aus Friedensforschung Friedensbewegung fundierte Vorschläge vorgelegt.

Die neue Bundesregierung ist in der Verantwortung, daß der heutige Beschluß des Bundestages kein Präzedenzfall für die Ausrichtung der künftigen deutschen Sicherheitspolitik wird, sondern Ausnahme bleibt in einer Situation, wo eine neue Mehrheit die von der alten Regierung hinterlassene Erb-last bewältigen muß.

Der Verlauf des Kosovo-Konflikts macht erneut deutlich, wie dringend notwendig neben aller Kontinuität eine Neuorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik ist: hin zu ernsthafter Krisenprävention, weg von der Fixierung auf militärische „Katastrophenhilfe“, die dann zum Zuge kommt, wenn es mal wieder zu spät ist, die obendrein immer besonders teuer und hochriskant ist. Die neue Bundesregierung wird diese friedenspolitische Herausforderung selbstbewußt, entschlossen und besonnen angehen. Sie kann sich dabei auf die konstruktiven und ermutigenden Erfahrungen stützen, die viele Nichtregierungsorganisationen, Friedensfachkräfte und Friedensforscher, Polizisten und Bundeswehrangehörige bei der Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisengebieten gemacht haben.